



Vorlage zur Verbandsversammlung am 10.10.2018

TOP 3 Anfragen, Anträge, Mitteilungen, Sonstiges

Zur Wortmeldung von Herrn Dr. Wolf in der Verbandsversammlung am 13.06.2018 im Zusammenhang mit der Information über die Bearbeitung der Anträge auf Schadensersatz nach Staatshaftungsgesetz:

Anlagen

- Stellungnahme von Frau Böttcher
- Pressemitteilung des OLG Brandenburg vom 17. April 2018

Stellungnahme zur Information in der Verbandsversammlung vom 13.06.2018 über die Bearbeitung der Anträge auf Schadensersatz nach § 1 StHG nach der aktuellen Rechtslage – Entscheidung des Oberlandesgerichts Brandenburg v. 17.04.2018 – AZ.: 2 U 21/17

I.B. 14.06.2018

1. Divergierende Entscheidungen des Oberlandesgerichts Brandenburg

In der Verbandsversammlung wurde angemerkt, die o.g. Entscheidung des Oberlandesgerichts sei nicht die Einzige in dieser Rechtsfrage, es gäbe eine andere Entscheidung, die den Anspruch bejahen würde.

Das Oberlandesgericht hat am 17.04.2018 zur Urteilsverkündung eine Pressemitteilung herausgegeben, sie ist dieser Stellungnahme beigelegt, die den grundsätzlichen Charakter der Entscheidung verdeutlicht.

Die aufgeworfene Frage zum Anlass genommen, wurde die Pressestelle des Oberlandesgerichts hinsichtlich divergierender Entscheidungen angefragt. Frau Janik (Richterin am Oberlandesgericht) hat mitgeteilt, dass es eine andere Entscheidung des Senats, in damals völlig anderer Zusammensetzung, gegeben hat. Diese betraf die Rechtsfrage zu einem Anspruch auf Schadensersatz nach § 1 StHG für Rechtsanwaltskosten. Der Senat hat sich vor der Entscheidung aus April mit dieser alten Entscheidung auseinandergesetzt und dies auch im Urteil getan. Die Entscheidung vom 17.04.2018 ist eine Grundsatzentscheidung.

2. Zuständigkeit der Verbandsversammlung für Geschäfte der laufenden Verwaltung

Die Bearbeitung von Anträgen jedweder Art wird durch die Verwaltung vorgenommen. Dieser Vorgang ist Teil der in der Verbandssatzung (VerbS) benannten „Geschäfte der laufenden Verwaltung“, welche nach § 14 Abs. 4 dem Vorstand obliegen.

Da die Bearbeitung der Anträge hier politische Relevanz hat, wurde in diesem Fall der Vorstand um eine Anweisung für die Verwaltung gebeten. Der Vorstand hat über die Sach- und Rechtslage beraten und die Anweisung erteilt, entsprechend der Entscheidung des Oberlandesgerichts die Anträge zu bearbeiten. Die Umsetzung der aktuellen Rechtslage in der Verwaltung ist allgemeines Exekutivhandeln.

3. Anzahl der Anträge auf Schadensersatz nach dem Staatshaftungsgesetz für Anschlussbeiträge

In der Verbandsversammlung wurde die Frage gestellt, um wie viele Anträge es sich denn handeln würde. Diese Frage wurde mit 300 Anträgen beantwortet.

Klarstellend ist hierzu anzumerken, dass nicht alle diese Anträge von tatsächlich auch antragsbefugten Personen gestellt wurden. Dies sind nur solche Personen, die noch mit einer

Beitragssumme „belastet“ sind. Die Antragsteller haben in der Vergangenheit verschiedene Anträge gleichzeitig gestellt, sodass sich in dieser Summe auch Personen befinden, deren Bescheid aufgehoben wurde.

Mit einem bestandskräftigen Bescheid sind tatsächlich 140 Personen belastet. Hiervon sind allerdings **nur 68 natürliche Personen**, die restlichen Anträge wurden von juristischen Personen des öffentlichen Rechts (z.B. Wohnungsbaugesellschaft) gestellt.